

ZITAT DES TAGES

Keine Kritik an der Führung bis Ostern.

Thüringens Linksfraktionschef Bodo Ramelow am Mittwoch in der Online-Ausgabe der *Mitteleuropäischen Zeitung* über sein persönliches »Fastengelübde«

DGB-Chef sorgt sich um die SPD

BERLIN. Nach dem schwachen Abschneiden der SPD bei den jüngsten Landtagswahlen hat sich DGB-Chef Michael Sommer besorgt über den Zustand der Partei geäußert. »Der SPD fehlt ein klares Profil«, sagte Sommer dem *Hamburger Abendblatt* (Donnerstag-/Freitagausgabe). »Die SPD hat mit der Agenda 2010 den Wert von Arbeit in Frage gestellt. Das ist genauso, als würden die Grünen die Atomkraft verteidigen«, sagte Sommer. »Wahlen gewinnt man so nicht.« (AFP/W)

Tarifabschluß für Helioskliniken

BERLIN. Die rund 17 000 nicht-ärztlichen Beschäftigten der Helios-Akutkliniken werden rückwirkend zum 1. April 2011 zwei Prozent mehr Gehalt bekommen. Unternehmen und Gewerkschaft einigten sich in Berlin auf einen Tarifabschluß, wie ver.di am Mittwoch mitteilte. Die Konzernzentrale hat ihren Sitz in der Hauptstadt. Demnach sollen die Gehälter zum 1. Mai 2012 um weitere drei Prozent zulegen. Die Entgelte der Auszubildenden werden vorerst um 1,2 Prozent und ab April nächsten Jahres um weitere 1,7 Prozent angehoben. Zudem steigen die Nachtdienstzuschläge für alle Beschäftigten ab August dieses Jahres auf 15 Prozent. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 24 Monate. (AFP/W)

CO₂-Verpressung schadet Grundwasser

NEUTREBBIN. Die vom Energiekonzern Vattenfall im Oderbruch erwogene unterirdische Speicherung von Kohlendioxid birgt laut einem Gutachten die Gefahr der großflächigen Versalzung von Grundwasser. Durch Überdruck könnte Salzwasser nach oben steigen, so daß im Umkreis von rund 100 Kilometern mit Grundwasserversalzung zu rechnen wäre, geht aus einem am Mittwoch veröffentlichten Gutachten hervor, das im Auftrag des Amtes Barnim-Oderbruch erstellt wurde.

Ein Radius von 100 Kilometern rund um den geplanten Erkundungsort Neutrebbin würde u. a. den größten Teil Brandenburgs, den Stadtstaat Berlin und die südlichen Teile Mecklenburg-Vorpommerns einschließen, heißt es darin.

Die Bürgerinitiative »Contra Endlager« ruft für Samstag, den 23. April, zu einem Ostermarsch in Neutrebbin (14.00 Uhr Friedensplatz) gegen die CO₂-Verpressung auf.

(dapd/W)

Ostern gegen Atomkraft

Zwölf Großdemonstrationen gegen AKW angekündigt. Auch traditionelle Friedensmärsche thematisieren Gefahren der Kernenergie. **Von Reimar Paul**

Die Bundesregierung möchte das Thema Energiepolitik möglichst schnell vom Tisch haben, bereits am 17. Juni soll der Bundestag das »Atomstiftungsgesetz« verabschieden. Bis dahin werden Atomindustrie und Politiker hinter den Kulissen darum feilschen, wie viele der derzeit acht abgeschalteten AKW vor dem endgültigen Aus bewahrt werden können.

Auch die Anti-AKW-Bewegung will sich bis dahin mit ihrer Forderung nach Stilllegung aller Reaktoren kräftig Gehör verschaffen. Am Ostermontag sind gleich an zwölf Atomstandorten Großdemonstrationen geplant. Von den Aktionen solle »ein klares Signal an die Bundesregierung ausgehen«, sagte gestern »Ausgestrahlt«-Sprecher Jochen Stay. Die Gesellschaft sei nicht länger bereit, mit den Risiken der Atomtechnologie zu leben. »Wer jetzt über die Kosten der Energiewende spricht, sollte sich noch einmal die Bilder aus Tschernobyl und Fukushima ansehen, damit die Relationen wieder stimmen.«

Demonstrationen gibt es am Montag an den Atomkraftwerken in Brunsbüttel und Krümmel (Schleswig-Holstein), Esenshamm und Grohnde (Niedersachsen), Biblis (Hessen), Philippsburg und Neckarwestheim (Baden-Württemberg), Gundremmingen und Grafenrheinfeld (Bayern) sowie an der Urananreicherungsanlage in Gronau (Nordrhein-Westfalen), rund um die Endlagerprojekte Asse und Schacht Konrad (Niedersachsen) sowie am Atom Mülllager Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). In Esenshamm und



Atomkraftgegner protestierten am Mittwoch vor der Essener Grugahalle gegen die Hauptversammlung des Energieriesen RWE

Grohnde wollen die Teilnehmer die Meiler möglichst komplett umzingeln. Antiatomaktivisten aus dem Wendland starten bereits am Samstag mit Traktoren, Planwagen und Fahrrädern in Richtung Grohnde. Auch aus anderen Regionen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens kommen Atomkraftgegner mit Fahrrädern und Trekchern zu der Kundgebung an die Weser. Zur Demo in Philippsburg rufen neben Antiatominitiativen, Umweltverbänden

und Parteien auch Gruppen aus der Friedensbewegung auf.

Die großen Organisationen der Friedensbewegung haben für die diesjährigen rund 70 traditionellen Ostermärsche ohnehin den Schultertschluß mit den AKW-Gegnern proklamiert. »Das unbeschreibliche Unglück in Fukushima hat schlagartig deutlich gemacht, daß es erstens keine sichere zivile Atomenergie gibt und zweitens im Falle eines Unglücks jegliche nach-

trägliche Kontrolle über die entsetzliche Kernkraft illusorisch ist«, erklärten Peter Strutyński und Lühr Henken am Mittwoch für den Bundesausschuss Friedensratschlag.

◆ Ostermarsch in Berlin: Samstag, 12 Uhr, Vattenfall-Gebäude, Chausseestraße 23: Die Abschlußkundgebung beginnt etwa um 14 Uhr am Potsdamer Platz

Forschungsinstitut setzt weiter auf Kernenergie

Karlsruhe: Friedensklausel für KIT gefordert. Podiumsdiskussion an der Uni

Der nach der Katastrophe im japanischen Fukushima immer lauter werdende Protest gegen die Nutzung von Atomenergie prallt an der Bundesregierung ab. Zwar übt sie sich in Ausstiegshetorik, spielt aber in Wirklichkeit auf Zeit. Die Energiewirtschaft droht mit Versorgungsengpässen und Arbeitsplatzverlusten, und auch in der Wissenschaft wird weiter auf Atomforschung gesetzt. Zum Beispiel am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), ein Zusammenschluß von Universität und Kernforschungszentrum.

Einer der KIT-Präsidenten, Horst Hippler, war einer der beiden Unterzeichner aus dem Hochschulbereich des Appells zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Zwei Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg Ende März erklärte ein weiterer KIT-Präsident, Eberhard Umbach, daß das Moratorium der Bundesregierung »allein der aktuellen Panik und Hysterie geschuldet« sei. Angst sei aber kein guter Ratgeber, so Umbach. Am Tag nach der Wahl verkündete er, »daß er – wie die neue Landesregierung – für den Ausbau regenerativer Energien ist«. Hier habe sein Institut zahlreiche neue Entwicklungen und Ideen anzubieten. Der Weg dorthin sei ohne die Nutzung der Kernkraft aber kaum zu

erreichen. Umbach kündigte an, diesen Standpunkt mit entsprechenden Experten in die Diskussion einzubringen.

Gelegenheit dazu gibt es am heutigen Donnerstag bei einer Podiumsdiskussion an der Universität Karlsruhe zum Thema »Zukunft der Kernforschung am KIT«. Zu den Ideen aus Karlsruhe gehören die Transmutation und Kernfusion. Transmutation ist die Umwandlung von langlebigen Spaltprodukten in kurzlebige, womit der Atom Müll reduziert werden soll. Sie ist mit der Wiederaufarbeitung, also Plutonium-Abtrennung à la Wackersdorf, verbunden, direkt gegen den Ausstieg gerichtet und vielleicht in 20 Jahren einsetzbar. Die Kernfusion ist ein Forschungsprogramm zur Nachahmung der Energieerzeugung der Sonne mit Kosten im mehrstelligen Milliarden-Bereich und vielleicht in 40 Jahren einsetzbar. Dafür wird im KIT ein Labor für Tritium, den Grundstoff der atomaren Wasserstoffbombe, betrieben. Zum KIT-Verlängerungsszenario paßt auch die Gründung der »AREVA Nuclear Professional School« zur »Stärkung des kerntechnischen Know-how«.

Der Gründungssenat des Instituts hat die Übertragung der Zivilklausel des Forschungszentrums, die das Arbeiten

»nur für friedliche Zwecke« erlaubt, auf die Satzung des Instituts am 21. März abgelehnt. Zuvor hatten bei einer studentischen Urabstimmung 63 Prozent für die Klausel gestimmt. 450 Professoren, Wissenschaftler und Studierende hatten für die Aufnahme der Passage unterschrieben, die besagt: »Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewußtsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.« Gemäß der Wahlaussagen wird nun von der neuen Landesregierung erwartet, daß sie die Übernahme der Klausel gesetzlich regelt.

Dietrich Schulze

◆ heute, 18 Uhr, Universität Karlsruhe, Redtenbacher-Hörsaal, Gebäude 10.91: »Zukunft der Kernforschung am KIT«, Podiumsdiskussion mit Peter Fritz (Vizepräsident des KIT und Vizepräsident des Deutschen Atomforums), Sylvia Kotting-Uhl (atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion), Jörg Michels (Geschäftsführer KKW Neckarwestheim, Geschäftsführungsmittelglied EnBW Kernkraft GmbH) und Norbert Wiltenbacher (Professor für angewandte Mechanik am KIT)

Hetze gegen Linke

BERLIN. Auch das Bundesinnenministerium versuchte vorige Woche mit den Zahlen für 2010 wieder den Eindruck zu erwecken, es gebe deutlich mehr linke Gewalttäter als rechte. Doch ein genauerer Blick ergibt ein anderes Bild.

Insgesamt wird bei politisch motivierten Straftaten ein Rückgang um knapp 20 Prozent auf 27 000 verzeichnet. Fast zwei Drittel von ihnen gelten als rechts, ein Viertel als links motiviert. Einen Rückgang gibt es auch bei Gewalttaten: Linken werden 1 400 Delikte zugeschrieben (im Vorjahr 1 800), Rechten 800 (Vorjahr 960). Die Statistik zeigt allerdings einen Unterschied, der von bürgerlichen Medien kaum wahrgenommen wird: Neonazigewalttaten wenden sich zu 83 Prozent gegen Menschen, was Linken nur in knapp über der Hälfte der Fälle angelastet wird. Und noch eines fällt auf. Körperverletzungen durch Linke ereignen sich ganz überwiegend in Zusammenhang mit Demonstrationen und werden von gegen behelmt und durch Einsatzkleidung geschützte Polizisten angezeigt.

In wie vielen Fällen es sich um Gegenwehr gegen polizeiliche Übergriffe auf Demonstranten handelt, wird nicht erfaßt. Auch nicht, wie oft solche »Körperverletzungen« lediglich passive Widerstandshandlungen sind.

Ulla Jelpke